



# Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 2 / 2010

Nr. 32 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76      Weltnetz: [www.auslaenderstopp.de](http://www.auslaenderstopp.de)

ePost: [info@auslaenderstopp.de](mailto:info@auslaenderstopp.de)

## „Save me“ – Noch mehr Einwanderer

Es ist kaum zu glauben – der Nürnberger Stadtrat hat sich mit einem Beschluß für noch mehr Zuwanderer nach Deutschland und Nürnberg ausgesprochen!

Jetzt geht es um sogenannte „Flüchtlinge“ in Afrika und Asien, die sich in einem Nachbarland ihres Heimatlandes aufhalten und somit keinerlei Anspruch auf einen Asylantenstatus in der EU bzw. in Deutschland haben. Diese Menschen sollen durch ein sogenanntes „Save me-Neuansiedlungsprogramm“ nicht etwa in ihrer Heimatregion angesiedelt werden, was vernünftig wäre, sondern man will sie aus ihrem angestammten Kulturkreis herausreißen und in Europa, darunter auch in Nürnberg, aufnehmen und „ansiedeln“. Und diesen unmenschlichen Blödsinn hat der Stadtrat einhellig, nur gegen die zwei Stimmen der BIA-Vertreter, jetzt mit folgendem förmlichen Beschluß auch noch unterstützt:

1. Die Stadt Nürnberg begrüßt es, ein kontinuierliches Neuansiedlungsprogramm zur Aufnahme von Flüchtlingen („Resettlement“) einzurichten.

2. Die Stadt Nürnberg erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen eines Neuansiedlungsprogramms

der Bundesregierung bei der dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen und deren bestmöglicher Integration mitzuwirken.

Jedem vernünftigen Menschen müßte eigentlich klar sein, daß diese Fremden aus anderen Erdteilen mehrheitlich wohl nicht integrationsfähig sind und wir diesen damit auch keinen Gefallen erweisen würden.

Die Mehrzahl der hierher gehalten würde direkt und sicherlich auch dauerhaft ins soziale System einwandern, wie die meisten Zuwanderer der letzten Jahrzehnte. Während 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, noch 65 Prozent der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt waren, waren es nur ein Jahrzehnt später nur noch 38 Prozent.

Die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen ist in den letzten Jahrzehnten nicht gestiegen, während die Zahl der Ausländer in Deutschland von drei Millionen 1971 auf nunmehr rund 7,5 Millionen offiziell angewachsen ist. Auch Nürnberg hätte allen Grund, keinen Beschluß nach noch mehr Ausländern zu fassen. Mit 8,9% hat die Stadt eine Arbeitslosenquote, die weit über dem bayerischen Durchschnitt



Infostand der BIA. Links: BIA-Stadtrat Ralf Ollert. © Foto: BIA

liegt – und auch über dem bundesdeutschen. Rund 35% der Hartz IV-Empfänger in Nürnberg haben einen ausländischen Paß und belasten die Stadtkasse.

Die sozialen Probleme in Nürnberg sind so groß, daß die Stadtverwaltung und die politisch Verantwortlichen genug zu tun haben sollten, sich damit zu befassen, statt die Bereitschaft zu bekunden, weitere Einwanderer aufzunehmen.

Auch hier zeigt sich wieder, daß die Wählergruppe **Bürgerinitiative Ausländerstopp** die einzige kommunalpolitische

Kraft ist, die überhaupt noch die Interessen der einheimischen Bürger vertritt.

**Die Sitzungen des Stadtrates im Jahr 2010 jeweils Mittwochs um 15 Uhr: 23.6./14.7./22.9./ 20.10./ 15.12.**

**22.-24.11. Haushaltsberatungen - Beginn: 9 Uhr Besuchen auch Sie die öffentlichen Sitzungen des Nürnberger Stadtrates im Rathaus am Fünferplatz!**

# Nürnberg

Mit nur sieben Prozent Wahlbeteiligung:

## Neuer Integrationsrat gewählt

Als Ersatz für den bisherigen „Ausländerbeirat“ und den „Aussiedlerbeirat“ wurde im März ein sogenannter „Rat für Integration und Zuwanderung“ mit 30 Sitzen gewählt. Rund 140.000 Ausländer, Aussiedler und Eingebürgerte waren zur Wahl aufgerufen. Bereits im Vorfeld gab es berechtigte Kritik an der Durchführung der Wahl.

### Deutsche Vertriebene zu Ausländern erklärt

Offensichtlich wurden dazu in einem Schreiben des Oberbürgermeisters alle Nürnberger Bürger zur Wahlteilnahme aufgefordert, die einen Geburtsort haben, der heute außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt.

Dies trifft auch auf viele Tausende noch lebende Deutsche zu, die in den Jahren 1945/46 völkerrechtswidrig aus ihrer Heimat vertrieben wurden und nicht wie rund drei Millionen andere Deutsche aus den Ostgebieten auch noch nach Kriegsende durch die Siegermächte ermordet wurden oder an den Strapazen der Flucht verstarben. Mit ihrem Vertriebenenausweis sind diese Bürger laut Aufforderung in der Gruppe „Aussiedler“ wahlberechtigt.

Viele dieser deutschen Bürger beschwerten sich daraufhin beim Bürgermeisteramt der Stadt Nürnberg. Sie sind zu recht darüber empört, Jahrzehnte nach ihrem erzwungenen Wohnortwechsel zur Wahl eines „Integrationsrates“ aufgefordert zu werden. Denn sie waren und sind Deutsche!

Ist schon die Gleichsetzung von volksdeutschen Aussiedlern und Ausländern abzulehnen, so ist die Einbeziehung von Heimatvertriebenen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit in die Wahl



**BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus: „Keiner will dieses Gremium. Offenbar selbst die Fremden nicht.“**

des „Integrationsrates“ eine unentschuldbare Unmöglichkeit gegenüber den Betroffenen, die die Stadtverwaltung sich damit leistete.

Die BIA-Stadtratsgruppe prangerte nicht nur diese Vorgehensweise der Stadt Nürnberg an, sondern lehnte die neue Einrichtung des „Integrationsrates“ gänzlich ab, da die Interessen der Ausländer durch die Parteien im Stadtrat bereits bestens vertreten werden.

### Überflüssiges und teures Nebenparlament

Die EU-Bürger sind überdies seit vielen Jahren auf kommunaler Ebene wahlberechtigt und selbst mit Stadträten vertreten. Ein teures Nebenparlament mit immerhin 30 Sitzen ist somit aus Sicht der BIA sowie wohl der Mehrheit der Nürnberger völlig unnötig und abzulehnen.

Selbst die wahlberechtigten Ausländer sahen es offenkundig ebenso. Von den ca. 140.000 Wahlberechtigten gaben am Wahltag nur 7.470 ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 7,6 Prozent entspricht.

Anders gesagt: Die überwältigende Mehrheit der Ausländer hat überhaupt kein Interesse an diesem Gremium von Funktionären.

BIA-Gruppensprecher Ralf Ollert spricht deshalb auch dem neuen „Integrationsrat“ jegliche demokratische Legitimation ab. Ebenso wie die BIA bereits in der Vergangenheit die Abschaffung des „Ausländerbeirates“ forderte, verlangt sie dies auch hinsichtlich des neuen „Integrationsrats“.

BIA-Stadtrat Ralf Ollert: „Wir brauchen in Nürnberg keine neue Interessenvertretung für Fremde und Zuwanderer, sondern eine Stärkung der Rechte der einheimischen Bürger gegen Überfremdung und Landnahme!“



**BIA-Stadtrat Ralf Ollert hält den „Integrationsrat“ für eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern.** © Fotos: privat

Schon vor 20 Jahren forderte der Vorsitzende des NRW-Städtetages, Duisburgs OB Krings (SPD), es, „...müßten auch Asylbewerber, die nicht aus Spannungsgebieten kommen, unverzüglich abgeschoben werden“. (Quelle: WAZ 15.03.1990)

Stattdessen durften fast alle bleiben und bekommen nun sinnlose „Integrationsräte“.



**(Doppel-) Pässe aus Papier machen aus Fremden Paßdeutsche – aber keine Volksdeutschen. Weder die Deutschen noch die Fremden wollen Multikulti oder Integration.** © Fotos: privat

Schauen Sie öfter mal rein:  
[www.auslaenderstopp.de](http://www.auslaenderstopp.de)

Erscheinungsvermerk  
Anschrift Herausgeber  
und Verlag:

Ralf Ollert  
Postfach 61 02 41  
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 30.09.2010

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

# Nürnberg

## „Interkultureller Garten“ – Nein Danke!

In ihrem „Multi-Kulti-Wahn“ will die Stadtverwaltung Nürnberg mit OB Maly an der Spitze den bereits unter der Zuwanderung leidenden Stadtteil Langwasser jetzt auch noch mit einem „interkulturellen Garten“ beglücken.

An der Ecke Glogauer-/Breslauer Straße sollen von der vorhandenen Grünfläche rund 1.050 Quadratmeter dafür geopfert werden. Nutzer der etwa 25 entstehenden Kleingärten sollen Fremde aus sechs Nationen werden. Die Kosten liegen bei etwa 70.000 Euro. Ziel der Gärten ist es, „neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume für Migranten“ zu schaffen.

Für ihre verfehlte Integrationspolitik ist der Stadt Nürnberg, die sonst um jeden Cent verlegen ist und uns Bürger mit immer höheren Gebühren und Abgaben traktiert, kein Euro zu teuer, kein Aufwand zu groß. Auch gegen jede Vernunft und gegen den Willen der Mehrheit der einheimischen Bürger!

„Von derartigen Projekten werden auch Anlieger, Nachbarn und Spaziergänger profitieren“, so OB Maly laut NN vom 7.4.10.

Das Gegenteil dürfte der Fall sein: Weniger Grün, mehr Lärm, mehr Dreck, mehr Verkehr und weniger Parkplätze für die Anwohner! Insbesondere auch die Parkplatzfrage ist hier ganz wesentlich. Während jeder Bauherr Stellplätze nachweisen muß, sind diese hier nicht vorgesehen.

Es ist doch völlig ungläubwürdig, daß die Nutzer und Besucher der Gärten, wie die Stadtverwaltung meint, alle mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zerstörung des vorhandenen Grünzuges in diesem Bereich, vor allem der Hundenauslaufzone, die wohl ersatzlos wegfallen wird. Wenn man mit Recht die Hundebesitzer auf die Anleinpflcht für Hunde und die Mög-



**Aktive der BIA protestieren mit einer Mahnwache vor dem Bau-Rathaus gegen den geplanten „Interkulturellen Garten“.**

© Foto: privat

lichkeit des Freilaufes in den Hundenauslaufzonen hinweist, so darf man diese wenigen Möglichkeiten nicht auch noch zerstören.

Einzig und allein die beiden Stadträte der Wählergruppe **Bürgerinitiative Ausländerstopp** haben im Stadtrat gegen die Einrichtung dieses „interkulturellen Gartens“ gestimmt.

Ralf Ollert und Sebastian Schmaus: „Wir fordern OB Maly und die Stadtratsfraktionen noch einmal auf, dieses Projekt zu stoppen! Wir fragen: Wo bleibt die vielbeschworene Demokratie? Während z.B. in der Schweiz wirklich noch das Volk entscheiden kann, machen unsere Politiker was sie wollen und kümmern sich nicht um die Meinung ihrer Bürger.“

Deshalb fordern wir:

- Stopp des Projektes ‚Interkultureller Garten‘ und somit Anerkennung der Ablehnung durch die Mehrheit der einheimischen betroffenen Bürger! Das wäre demokratisch!“

Der Widerstand der **BIA** gegen Überfremdung findet unter Nürnberger Bürgern immer größere Zustimmung. Die hilf-

lose Reaktion einiger Politiker wie etwa des Nürnberger OB Ulrich Maly (Vorsitzender der „Allianz gegen Rechtsextremismus“) oder mancher Grüner darauf besteht oft darin, der **BIA** Ausländerfeindlichkeit zu unterstellen. Dann hätte der OB aber reichlich Ausländerfeinde in seiner eigenen Partei. Denn was die **BIA** heute verlangt, haben Malys Genossen bereits vor 20 Jahren gefordert. Am 28. August 1990 schickte der Sozialdezernent der SPD-regierten Stadt Bochum, Dieter Neukirchen, ein Schreiben an den zuständigen Landesminister, in dem er mitteilt, daß die Stadt Bochum ab sofort keine neuen Asylanten mehr aufnehmen könne. „Wir schrappen schon jetzt Tag zu Tag an einer Katastrophe vorbei,“ so auch Neukirchens Kollege in Herne, Wolfgang Schäfer. Und Dortmunds Sozialdezernent Scholle forderte die schnelle Abschiebung von Asylanten. Duisburgs OB Josef Krings (SPD) warnte: In den Städten wächst der soziale Sprengstoff, der Zugang von Asylanten muß durch verstärkte Kontrollen an der Grenze eingedämmt werden.“

Die lokale Ruhrgebietszeitung „Freiheit Wattenscheid“ schrieb Ende 1990: „In einem Hilferuf an NRW-Ministerpräsident Rau wiesen die Oberstadtdirektoren von Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Köln und Wuppertal auf wachsenden Widerstand in der Bevölkerung gegen die Unterbringung weiterer Asylanten hin. In ihrem Brief heißt es, sie fürchteten um den sozialen Frieden.“

Das waren alles Partei-Genossen des OB Maly. Alles Ausländerfeinde?

Und auch einige Grüne nannten vor 20 Jahren noch Auffälligkeiten hinsichtlich Roma und Sinti beim Namen, deren Asylanträge so gut wie alle scheiterten, da die Gerichte festgestellt haben, daß Roma in Jugoslawien nicht verfolgt würden.

So berichtete die „Freiheit Wattenscheid“ Nr. 3/90, der Grüne Daniel Cohn-Bendit solle in einem Zeitungsinterview mit der BILD vom 10.11.90 erklärt haben: „Sinti und Roma haben ein anderes Verhältnis zum Eigentum; Diebstahl und Bettelei fällt bei ihnen unter die Rubrik Lebensstil.“

# BIA NÜRNBERG – ...die deutsche Kraft im Stadtrat.

**Sozial  
geht nur  
national**

[www.auslaenderstopp.de](http://www.auslaenderstopp.de)



**Ausländer- und Straßenkriminalität nehmen zu**

## Sicherheitsbericht 2009

**A**lljährlich im Frühjahr legt die Polizei dem Stadtrat ihren Sicherheitsbericht für das vergangene Jahr vor.

Für 2009 ist es erfreulich, daß sich manche Bereiche positiv entwickelt haben. Das darf natürlich nicht davon ablenken, daß doch nach einigen Jahren des statistischen Rückganges der Straftaten im letzten Jahr in Nürnberg wieder eine Steigerung um zwei Prozent zu verzeichnen ist. Besonderes Augenmerk ist auch auf den Bereich „Straßenkriminalität“ zu legen, wo mit 9.160 Delikten leider immerhin ein Anstieg um 7,8 Prozent zu verzeichnen war.

Vor allem diese Kriminalität beeinträchtigt das Sicherheitsempfinden vieler Bürger. Vor allem, aber nicht nur, ältere Bürger trauen sich heute abends nicht mehr auf die Straße bzw. auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Daß solches Sicherheitsempfinden nicht unberechtigt ist, zeigen die fast täglichen Meldungen in den Nürnberger Zeitungen.

So wird hier in einem Zeitraum von rund zwei Monaten mit folgenden Überschriften berichtet:

„Junge Randalierer griffen Passanten an“ (NN 8.1.10)

„Schläger prügeln Passanten bis zur Bewußtlosigkeit“ (NN



**Die Polizei verschweigt die wahren Ausmaße der Ausländerkriminalität.**

© Foto: Arno Bachert/pixelio

11.1.10)

„An der Haustüre ausgeraubt“ (NN 25.1.10)

„Trio überfällt 72jährige“ (NN 1.2.10)

„Unbekannte überfielen 28jährigen“ (NN 2.2.10)

„Straßenräuber überfielen Passantin und flüchteten“ (NN 3.2.10)

„Schon wieder ein Raubüberfall“ (NN 4.2.10)

„Mutige Passantin geschlagen“ (NN 9.2.10)

„Schläger prügeln Männer krankenhausesreif“ (NN 15.2.10)

„Seniorin wurde schwer verletzt“ (NN 22.3.10)

„13jährige griff Passantin an“ (NN 22.3.10)

„Frauen schlugen eine 18jährige“ (NN 21.4.10).

anwachsenden weder vernünftige Perspektiven noch Ideale. Das fördert Frust, Alkoholismus und Kriminalität.

Eine Verlängerung der Gaststätten-Sperrzeit hätte vermutlich nur bedingte Wirkung, da Diskotheken und Nachtlokale trotzdem bis in die Morgenstunden geöffnet hätten, während kleinere Betriebe unter den Beschränkungen leiden würden.

Nach wie vor weit überdurchschnittlich ist der Ausländeranteil an der Kriminalität, auch wenn dies, wider besseren Wissens, immer wieder von der Politik bestritten wird.

Die Statistik zeigt, daß die „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ mit 33,3 Prozent einen doppelt so hohen Anteil haben, als Ausländer mit 16,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Eine Steigerung zum Vorjahr von immerhin 4,5 Prozent.

Davon bei den „Raubdelikten“ immerhin 41,4% und bei „schwerem Diebstahl“ 46,7%.

Dies offen zu sagen und nicht im Zuge der „politischen Korrektheit“ (deutsch: Gedankenzensur) zu verschweigen oder abzustreiten, gehört auch zur Wahrheit jedes Polizeiberichtes.

Ebenso wie die Existenz linksradikaler Gewalt, die meist verschwiegen wird. Wo bleiben eigentlich Schulungsprojekte zur Prävention vor Linksextremismus?

Es ist also tatsächlich nicht so, daß in Nürnberg nichts passieren würde.

Hier gilt es, das Sicherheitsempfinden und auch die objektive Sicherheit der Bürger zu stärken, z.B. durch verstärkte Fußstreifen der Polizei in der Innenstadt und im U-Bahnbereich, vor allem in den Abendstunden.

Bedauerlich ist nach wie vor die Situation im Bereich der Großdiskotheken und in einigen Straßen des innerstädtischen Kneipenbereiches.

Hier sind weitere Anstrengungen von Stadt und Polizei nötig, um die Interessen der Anwohner zu schützen und die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten.

Die gegenwärtige Politik bietet vielen Jugendlichen und Her-